



Aktuelles aus dem Daten(schutz)recht,
Ausblick für die Wirtschaft

Ltd. MRin Christina Rölz

Agenda

1) Europäische Union

- Angemessenheitsbeschlüsse
- Zusammenspiel der Rechtsakte
- Weiteres Vorgehen KOM
- Weitere Initiativen / Ideen zur Reform der DSGVO
- Weiteres Vorgehen im Rat



Quelle: colourbox.de

2) Neues aus dem Bund

- (Ausstehendes) Bundesrecht zur Umsetzung von EU-Rechtsakten



Angemessenheitsbeschluss EU – USA

TRANS-ATLANTIC-DATA-PRIVACY-FRAMEWORK (DPF)



Quelle: colourbox.de

- ⇒ **Gilt, solange er nicht von der KOM oder dem EuGH aufgehoben wird!**
- ⇒ „Kern“ des AB: Executive Order 14086 gilt weiterhin; KOM-Vertreter zur Überwachung weiterhin vor Ort
- ⇒ Problem: Überwachungsbehörde **Privacy and Civil Liberties Oversight Board (PCLOB)**: Aktuell nur noch 1 Mitglied; 3 (demokratische) Mitglieder fehlen; zwei wurden entlassen; Klage dagegen läuft in den USA
 - Haltung KOM:
 - Kritische Beobachtung – auch des Gerichtsverfahrens;
 - Auch früher PCLOB schon ab und zu unterbesetzt; **erster Bericht zur Umsetzung** der Executive Order 14086 kommt zum Ergebnis, dass die US-Sicherheitsbehörden die Anforderungen der Executive Order erfüllen; **zweiter Bericht zum Rechtsschutzmechanismus ist laut KOM in Arbeit**
([Review of Policies and Procedures Implementing Enhanced Safeguards for U.S. Signals Intelligence Activities Staff Report, September 25, 2025](#))
 - Vertrauen, dass Checks and Balances funktionieren
- ⇒ **Klage frz. Abgeordneter Latombe** auf Basis von Art. 263 Abs. 4 AEUV:
 - Im Eilrechtsschutz abgewiesen (**T-553/23**), da Eilbedürftigkeit nicht nachgewiesen
 - **Urteil vom 3.9.: AB hat „gehalten“**; allerdings noch nicht rechtskräftig und keine Betrachtung der Situation seit Erlass des Durchführungsbeschlusses
 - **Rechtsmittel eingelegt**



Weitere Angemessenheitsbeschlüsse



Quelle: colourbox.de

ALLE AB UNTER: [HTTPS://EC.EUROPA.EU/INFO/LAW/LAW-TOPIC/DATA-PROTECTION/INTERNATIONAL-DIMENSION-D ATA-PROTECTION/ADEQUACY-DECISIONS_EN](https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection/international-dimension-d/ata-protection/adequacy-decisions_en)

VEREINIGTES KÖNIGREICH

- ⇒ AB vom **28.06.21** zur DSGVO und zur JI-Richtlinie galten zunächst für vier Jahre
- ⇒ Zunächst **technische Verlängerung für 6 Monate**
- ⇒ **Entwürfe für Erneuerung** der AB zur DSGVO und JI-RL nach Stellungnahme EDSA im **Komitologieverfahren**
- ⇒ AB sollen bis **Dezember 2031** gelten (Sunset Clause)

BRASILIEN

- ⇒ Entwürfe vorgelegt; Stellungnahme des EDSA mit wenigen Änderungswünschen
- ⇒ Komitologieverfahren läuft
- ⇒ **Annahme für Anfang 2026** erwartet

KENIA UND MAURITIUS

- ⇒ Verhandlungen für AB laufen

ERSTER AB ZU INTERNATIONALER ORGANISATION

- ⇒ AB zur **Europäischen Patentorganisation** in München angenommen
- ⇒ Soll Blaupause für AB mit weiteren internationalen Organisationen werden



Überblick über die EU-Digitalrechtsetzung



Quelle: colourbox.de

NEW CEPS DATASET: MAPPING THE EU'S DIGITAL RULEBOOK 🤖 EU (GREEN WALL)

Table 1: Overview of EU legislation in the digital sector



Zusammenspiel der Rechtsakte I



Quelle: colourbox.de

- ⇒ **EDSA-Leitlinie zum Zusammenspiel von Digital Services Act und DSGVO vom 11.09.: [edpb guidelines 202503 interplay-dsa-gdpr v1 en.pdf](#)**
- ⇒ Konsultation bis 31.10.2025
 - ⇒ **Melde- und Abhilfeverfahren von Anbietern von Online-Diensten** nach dem DSA, also Mechanismen für die elektronische Meldung illegaler Inhalte, dürfen nicht zu viele pbD der Nutzerinnen und Nutzern verarbeiten. Grundsätze der Datenminimierung, Transparenz und Zweckbindung gelten.
 - ⇒ Online-Plattformen müssen **Echtzeitinformationen über die Anzeige einzelner Werbebanner** und deren Parameter transparent bereitstellen; Transparenzanforderungen der DSGVO gelten; **personalisierte Empfehlungen** müssen sowohl die Transparenzpflichten der DSGVO als auch des DSA erfüllen; für **Profiling** Rechtsgrundlage nach DSGVO – meist die Einwilligung – erforderlich. Sehr große Plattformen und Suchmaschinen müssen zudem eine nutzbare Empfehlungsoption ohne Profiling anbieten.
 - ⇒ Online-Plattformen müssen **Kinder besonders schützen**. Die dafür nötige Datenverarbeitung ist erlaubt; aber keine Verarbeitung zusätzlicher pdD zur Altersprüfung.
 - ⇒ Plattformen dürfen keine Werbung zeigen, die Nutzerinnen und Nutzer aufgrund von besonders schützenswerten Informationen über sie angezeigt werden, wie Gesundheitsdaten oder politischen Einstellungen. Online-Dienste dürfen auch keine personalisierte Werbung an Minderjährige richten, wenn sie wissen, dass es Kinder sind. **Beide Verbote sind absolut; keine Einwilligung möglich.**



Zusammenspiel der Rechtsakte II



Quelle: colourbox.de

⇒ Leitlinie von EDSA und KOM zum Zusammenspiel von DMA und DSGVO vom 10.10.

- ⇒ Konsultation bis 4.12.2025: joint_com-edpb_gls_interplay_dma_gdpr_for_public_consultation_en.pdf
- ⇒ Die Leitlinien konzentrieren sich auf folgende DMA-Bestimmungen mit besonderer Relevanz für die DSGVO:
 - ⇒ **Artikel 5(2) DMA:** Verbot der Verarbeitung personenbezogener Daten ohne gültige Einwilligung. Die Leitlinien konkretisieren die Anforderungen an eine gültige Einwilligung im Sinne der DSGVO, insbesondere die Notwendigkeit einer getrennten Einwilligung für unterschiedliche Zwecke.
 - ⇒ **Artikel 6 DMA:** Regelungen zur Interoperabilität, Drittanbieter-Apps und Datenportabilität. Die Leitlinien erläutern, wie Gatekeeper ihre Maßnahmen DSGVO-konform ausgestalten können, ohne die Ziele des DMA zu gefährden.
 - ⇒ **Artikel 7 DMA:** Interoperabilität von Kommunikationsdiensten. Hier wird insbesondere auf die Einhaltung der Grundsätze der Datenminimierung und Datensicherheit hingewiesen.
- ⇒ Darüber hinaus betonen die Leitlinien die Notwendigkeit einer engen **Koordination und Zusammenarbeit** zwischen der Kommission als alleiniger DMA-Vollzugsbehörde und den Datenschutzaufsichtsbehörden, um eine widerspruchsfreie Anwendung beider Regelwerke zu gewährleisten.



Zusammenspiel der Rechtsakte III



Quelle: colourbox.de

⇒ **Bridge Blueprint der Hamburgischen und Schleswig-Holsteinischen LfDIs:
Zusammenspiel von DSGVO und KI-VO:** [DE-Bridge-Blueprint-v.0.9.pdf](#)

- ⇒ Diskussionsgrundlage; Rückmeldungen waren **bis 15. 11.2025** möglich
- ⇒ Lösungsvorschläge zu vier Themenstellungen:
 - ⇒ Rechtsgrundlage Wahrung berechtigter Interessen
 - ⇒ Training mit Daten besonderer Kategorien (Art. 9 DSGVO)
 - ⇒ automatisierte Entscheidungen mit Betroffenenrechten und
 - ⇒ Anforderungen an eine Datenschutz-Folgenabschätzung



Weiteres Vorgehen der KOM I



Quelle: colourbox.de

- **Zurückziehen von ePrivacy-Verordnung und KI-Haftungs-RL** (Arbeitsprogramm vom 12.2.25)
- **Omnibus-Paket zum Binnenmarkt** vom Mai: Änderung von Art. 30 Abs. 5 DSGVO: Anhebung auf 750 Mitarbeitende; Ausnahme davon nur noch bei „hohem“ Risiko; Behandlung im AStV am 24.9.: **Änderungen u. a. Anhebung auf 1.000 Mitarbeitende**
- **Arbeitsprogramm für 2026:** Keine Vorlage legislativer Maßnahmen im Datenschutz-Bereich vorgesehen



Weiteres Vorgehen der KOM II



Quelle: colourbox.de

DIGITALPAKET („DIGITAL PACKAGE ON SIMPLIFICATION“) DER KOM VOM 19.11.25

- **Digital-Omnibus-Entwurf**
 - **KI-Verordnung:**
 - Teil-Moratorium für Hochrisiko-KI
 - Schaffung einer Rechtsgrundlage zum KI-Training mit speziellen Kategorien von Daten in Ausnahmefällen
 - Stärkere Zentralisierung der Aufsicht beim EU-AI-Office
 - **Datenregulierung:** Mehrere EU-Datengesetze (Data Governance Act, VO über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU, Open Data RL), gehen im Data Act auf
 - **Cybersicherheit:** Single Point of Entry für verschiedene Berichtspflichten (NIS-2, eIDAS, DORA, CER, DSGVO, ePrivacy-RL)
 - **Aufhebung der Verordnung zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (2019/1150):** Durch DSA und DMA überholt; Übernahme wichtiger Regelungen in anderen Rechtsakten soll bis 2032 abgeschlossen sein



Weiteres Vorgehen der KOM III



Quelle: colourbox.de

DIGITALPAKET („DIGITAL PACKAGE ON SIMPLIFICATION“) DER KOM VOM 19.11.25

1. Digital-Omnibus-Entwurf - Datenschutz und Cookies:

- Neue Definition des **personenbezogenen Datums**
- Förderung der **wissenschaftlichen Forschung**
- Förderung von **KI**
- Vereinfachungen bei **Betroffenenrechten und Informationspflicht**
- Vereinfachungen bei **Datenpannenmeldungen** (nur noch bei hohem Risiko, Frist auf 96 Stunden verlängert)
- **Datenschutzfolgenabschätzung**: White- und Blacklists durch den EDSA
- **Pseudonymisierung**: Durchführungsrechtsakt der KOM
- **Cookies**:
 - Ablehnung bei Cookies 6 Monate gültig
 - Einwilligung bzw. ihre Ablehnung durch automatisierte und maschinenlesbare Mittel; Webbrowser müssen entsprechende Mittel bereitstellen



Weiteres Vorgehen der KOM IV



Quelle: colourbox.de

DIGITALPAKET („DIGITAL PACKAGE ON SIMPLIFICATION“) DER KOM VOM 19.11.

2. Strategie für eine Datenunion

- Nicht-Legislative Strategie der KOM, um ungenutztes Potenzial von Daten auszuschöpfen und den Binnenmarkt für Daten zu vervollständigen
- Maßnahmebereiche:
 - Ausweitung des **Zugriffs auf Daten für KI**, um sicherzustellen, dass Unternehmen Zugang zu hochwertigen Daten haben, die für Innovationen benötigt werden
 - **Straffung der Datenvorschriften**, um Unternehmen Rechtssicherheit zu geben und Compliance-Kosten zu senken
 - **Schutz der Datensouveränität der EU**, um globale Position bei internationalen Datenflüssen zu stärken



Weiteres Vorgehen der KOM V



Quelle: colourbox.de

DIGITALPAKET („DIGITAL PACKAGE ON SIMPLIFICATION“) DER KOM VOM 19.11.

3. European Business Wallet (EUBW)

- ⇒ **Zentraler europäischer Identitätsnachweis** für Firmen und damit **Unternehmens-Pendant** zur geplanten EUDi-Wallet, mit der sich Bürgerinnen und Bürger ab Anfang 2027 ausweisen und digitale Nachweise auf dem Smartphone ablegen können sollen
- ⇒ Unternehmen sollen sich damit in der gesamten EU identifizieren, **Dokumente signieren**, Lizenzen vorlegen, Vollmachten verwalten und **rechtsverbindlich mit Behörden kommunizieren** können
- ⇒ Bereits etablierter European Unique Identifier (EUID) als eindeutiger Unternehmenskennzeichner
- ⇒ Technisch wird Ökosystem der europäischen **eIDAS-Verordnung** und der bereits eingeführten EUDI-Wallets für Bürgerinnen und Bürger genutzt und um spezielle Funktionen ergänzt
- ⇒ **Marktbasiertes Modell**, d. h. Bereitstellung sowohl durch private als auch öffentliche Stellen nach vorheriger Notifizierung möglich
- ⇒ Umsetzung in den Mitgliedstaaten **innerhalb von zwei Jahren** nach Inkrafttreten; **sicherer Kommunikationskanal erst nach drei Jahren** verpflichtend



Weiteres Vorgehen der KOM VI



Quelle: colourbox.de

DIGITALPAKET („DIGITAL PACKAGE ON SIMPLIFICATION“) DER KOM VOM 19.11.

4. Digital Fitness Check – Konsultation gestartet

- ⇒ Ziel: **Digitalen EU-Rechtsrahmen („Digital Rulebook“)** auf seine Wirkung für die Wettbewerbsfähigkeit, Kohärenz, Zukunftstauglichkeit, Mehrwert und Grundrechtsschutz **überprüfen**
- ⇒ Umfasst: **Gesamte EU-Digitalregulierung**
- ⇒ Die **Konsultation läuft bis 11.03.2026**
- ⇒ Danach sollen u. a. „Reality Checks“ und Stakeholder-Dialoge folgen
- ⇒ **nichtlegislativ**, kann aber Grundlage für spätere Vereinfachungen oder Anpassungen sein
- ⇒ Abschluss ist für Q1 2027 mit einer **Mitteilung der KOM** geplant



Weitere Initiativen / Ideen

ZUR REFORM DER DIGITALGESETZGEBUNG / DER DSGVO



Quelle: colourbox.de

- **Draghi** (Rede am 16.9. - ein Jahr Draghi-Bericht)
 - Fordert „**radikale Vereinfachung der DSGVO**“, auch im Hinblick auf „Goldplating“ durch MS;
 - Fordert KOM auf, die **Hindernisse für den Zugang zu Daten** beseitigen; DSGVO schaffe hohes Maß an **Rechtsunsicherheit** für KI-Entwickler
 - Fristen zur Umsetzung des **AI Acts** sollten verlängert werden, „bis wir die Nachteile besser verstehen“.
- **MdEP Axel Voss / Maximilian Schrems:**
Idee einer DSGVO „mini“ für KMU, einer DSGVO „normal“ für größere Unternehmen, die sensitive Daten verarbeiten und eine DSGVO „plus“ für große Plattformen und Datenhändler;
[#gdpr #dsa #aiact #gdpr #mini #gdpr #normal #gdpr #plus #privacy #gdpr...](#) | Axel Voss | 27 Kommentare
- **Kai Zenner**, Büroleiter von MdEP Axel Voss: Projekt zur Reform der DSGVO initiiert mit **Maximilian Schrems**, Prof. Dr. Boris Paal und Dr. Markus Siewert: [Arbeitsgruppe DSGVO – TUM Think Tank](#)
- **Prof. Dr. Christiane Wendehorst**: [Workshop "Datenschutz neu gedacht – Herausforderungen durch KI und globalen Wettbewerb,"](#)
- **Bundesregierung**: Auf europäischer Ebene erreichen: **Ausnahme vom Anwendungsbereich** der DSGVO für **nicht-kommerzielle Tätigkeiten** (z.B. Vereine), **KMU** und **risikoarme Datenverarbeitungen** (z.B. Kundenlisten von Handwerkern)
- **Bundesrat**: BR-Drs. 639/23; [TOP018=0639-23\(B\)=1041.BR-02.02.24](#)



Weiteres Vorgehen im Rat



Quelle: colourbox.de

PROGRAMM VON ZYPERN ALS RATSVORSITZ IM 1. HALBJAHR 2026

- Schwerpunkt auf **Verteidigung, Weltraum, Cyberspace und die Vereinfachung digitaler Gesetzgebung**
- Vorantreiben der **EU-Business-Wallet** und Digital Networks Act
- Abschluss der **Chatkontrolle**
- Stärkung von Europol und rechtliche Befugnisse für Strafverfolgungsbehörden, um unter vollständiger Achtung der Grundrechte auf lesbare Daten und elektronische Beweismittel zugreifen zu können (über Verschlüsselung und **Vorratsdatenspeicherung**)
- **Vereinfachung bestehender Datenschutzvorschriften**, um Unternehmen zu entlasten
- Innovationsförderung im Bereich **Cloud Computing und KI**



Ausstehendes Bundesrecht I



VORHABEN MIT BEZUG ZUM DATENSCHUTZ; BMI WEITERHIN FÜR DATENSCHUTZ ZUSTÄNDIG

BUNDES-DATENSCHUTZ-GESETZ (BDSG)

- ⇒ Bisher angedachte Änderungen insb.
 - ⇒ Institutionalisierung der DSK
 - ⇒ Zuständige Aufsichtsbehörde bei länderübergreifenden Projekten in gemeinsamer Verantwortlichkeit
 - ⇒ Scoring („SCHUFA-Urteil“ des EuGH vom 07.12.2023 (C-634/21))
 - ⇒ Ggf.: § 38 BDSG: Änderung der Schwelle auf 50
 - ⇒ Ggf. Regelung zu Kirchen
 - ⇒ **Werkstattgespräch** zur „Bündelung“ der **Aufsicht am 6.10.** mit Frist für StN bis 15.10.
 - ⇒ Scoring soll im **Umsetzungsgesetz zur Verbraucherkredit-RL** mit geregelt werden; Verfahren soll noch in **2025 abgeschlossen sein**

GESETZ ZUR DURCHFÜHRUNG DER KI-VO

- ⇒ **BNetzA** als Marktüberwachungs- und notifizierende Behörde (ohne konkrete Zusage der urspr. geplanten ca. 130 Stellen)
- ⇒ **Bestehende MüBs**
- ⇒ **BaFin** für Finanzdienstleistungen
- ⇒ **Marktüberwachungskammer** aus Präs. und 2 VPs
- ⇒ Bei BNetzA zentrales **Koordinierungs- und Kompetenzzentrum** zur Bündelung von KI-Expertise
- ⇒ KI-Reallabor bei der BNetzA
- ⇒ **Länder- und Verbändeanhörung am 10.10. abgeschlossen:** Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung - Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

NIS-2-UMSETZUNGS- UND CYBERSICHERHEITSTÄRKUNGSGESETZ (NIS2UMSUCG)

- ⇒ DIP – Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung
- ⇒ Ziel: hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau für wichtige und besonders wichtige Einrichtungen
- ⇒ Zuständig: Insb. **BSI**
- ⇒ Forderung des BR u.a., dass das BSI auch **Datenpannenmeldungen entgegennimmt**; DSK arbeitet an **einheitlichem Formular**
- ⇒ **Vertragsverletzungsverfahren läuft seit 28.11.24**
- ⇒ **Nach BR-Behandlung derzeit im BT**



(Ausstehendes) Bundesrecht II



VORHABEN MIT BEZUG ZUM DATENSCHUTZ

DATEN-GOVERNANCE-GESETZ (DGG)

- ⇒ Umsetzung Daten-Governance-VO
- ⇒ [434-24.pdf \(bundesrat.de\)](#); noch kein neuer Vorschlag der aktuellen BReg
- ⇒ **Statistisches Bundesamt** soll zuständige Stelle und zentrale Informationsstelle werden für die Weiterverwendung geschützter Daten des öffentlichen Sektors (66,55 Planstellen)
- ⇒ **BNetzA** soll zuständige nationale Aufsichtsbehörde für Datenvermittlungsdienste und anerkannte datenaltruistische Organisationen werden (7,8 Planstellen)
- ⇒ **Vertragsverletzungsverfahren** wegen verspäteter Umsetzung u. a. gegen Deutschland im Mai 24 eingeleitet; **am 16.12. mit Gründen versehene Stellungnahme verschickt**

DIGITALE DIENSTE-GESETZ (DDG)

- ⇒ Umsetzung des Digital Services Act
- ⇒ vertrauenswürdiges Online-Umfeld
- ⇒ Entfernen von illegalen Inhalten auf Plattformen, Hassrede, aber auch gefälschten Produkten
- ⇒ Zuständig: Insb. **Bundesnetzagentur**
- ⇒ **Bereits in Kraft**

DATA ACT-DURCHFÜHRUNGS-GESETZ (DA-DG)

- ⇒ Neuer Entwurf am 29.10. im **Bundeskabinett beschlossen**; 2.12. im BR-IN-A
- ⇒ **BNetzA** als zentrale Aufsichtsbehörde für die Durchsetzung und Überwachung des Data Act P: **Aufsicht über Landesbehörden bei Datenzugangsverlangen**
- ⇒ **BfDI** als **Datenschutzaufsichtsbehörde** im Rahmen des Data Act für nicht-öffentliche Stellen P: Art. 37 Abs. 3 Data Act
- ⇒ **Vertragsverletzungsverfahren** wegen verspäteter Umsetzung u. a. gegen Deutschland eingeleitet; **am 7.05.25 mit Gründen versehene Stellungnahme verschickt**



(Ausstehendes) Bundesrecht III



VORHABEN MIT BEZUG ZUM DATENSCHUTZ

BESCHÄFTIGTENDATEN-SCHUTZGESETZ

- ⇒ „Alter“ Entwurf vom 17.10.24;
 - ⇒ Verarbeitung von Daten insb. mittels KI,
 - ⇒ Umgang mit Daten in der Bewerbungsphase,
 - ⇒ Überwachung und Einsatz von Profiling
 - ⇒ Daten im betrieblichen Eingliederungsmanagement oder innerhalb eines Konzerns
- ⇒ Koitionsausschuss am 28.05.: Beschäftigtendatenschutzgesetz („Sofortprogramm der Bundesregierung“)
 - ⇒ Ziel: Schutz von Persönlichkeitsrechten Beschäftigter u. a. vor Überwachung, Rechtssicherheit für Unternehmen, v. a. angesichts KI

UMSETZUNG CYBER-RESILIENCE-ACT:

- ⇒ **BSI** von BReg als **notifizierende und marktüberwachende Stelle** gegenüber der KOM benannt
- ⇒ **Notifizierende Behörde:** Drittstellen werden bewertet und notifiziert, damit sie IT-Produkte unabhängig auf CRA-Konformität prüfen können
- ⇒ **Marktüberwachende Stelle:** Gezielte oder stichprobenartige Überprüfung von IT-Produkten auf Cybersicherheit inkl. Bußgeld-Möglichkeit (bis zu 15 Mio. € bzw. 2,5 % des weltweiten Umsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahres) bzw. Möglichkeit, Produkte vom Markt zu nehmen

GESETZ ZUR UMSETZUNG DER TTPW-VO

- ⇒ **BfDI:** Datenschutzrechtliche Fragen im nicht-öffentlichen Bereich; insb. zur Nutzung pbD für das Targeting politischer Werbung; **Lfd:** Öffentlicher Bereich
- ⇒ **BNetzA** (Digital Services Coordinator): Aufsicht über die Anbieter digitaler Vermittlungsdienste – also Plattformen und soziale Netzwerke, insb. Kontrolle der Transparenzpflichten ggü. Nutzenden, Durchsetzung der Kennzeichnung politischer Werbung und Archivierungspflichten für politische Online-Anzeigen
- ⇒ **Bundeswahlleiterin:** Veröffentlichung der Termine und ggf. Abstimmungszeiträume aller in D stattfindenden Wahlen und Referenden und unverzügliche Übermittlung an das von der Europäischen Kommission bereitgestellte EU-Portal
- ⇒ **Demnächst im Bundeskabinett**
- ⇒ **Flankierendes Landesrecht erforderlich**





Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Sport und Integration



FRAGEN?